

## **Beschluss des Landrats vom 02.09.2021**

Nr. 1043

### **18. Formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz»**

2020/286; Protokoll: pw, bw

Kommissionspräsident **Thomas Noack** (SP) sagt, die Klimainitiative der Grünen habe in der Kommission einige Diskussionen ausgelöst, wie dem Bericht zu entnehmen sei. Zusammengefasst möchte die Initiative die Ziele des Pariser Klimaabkommens auf kantonaler Ebene in einem neuen Klimaschutzgesetz verbindlich festlegen. Darüber hinaus verlangt die Initiative eine regelmässige und verbindliche Berichterstattung durch den Regierungsrat. Der Regierungsrat soll regelmässig aufzeigen, ob die angestrebten Reduktionspfade mit den ergriffenen Massnahmen erreicht werden können oder ob allenfalls mehr oder andere Massnahmen notwendig sind. Weiter verlangt die Initiative die Einsetzung einer Klimakoordinatorin oder eines Koordinators, die oder der sich um dieses Thema in der Verwaltung kümmert.

Der Regierungsrat lehnt die Initiative ab. Er anerkennt zwar das Ziel der Gesetzesinitiative, empfiehlt die formulierte Gesetzesinitiative aber ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Aus Sicht des Regierungsrats genügen die heutigen gesetzlichen Grundlagen und Instrumente sowie die Organisation der Verwaltung, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Nach Auffassung des Regierungsrats würde die Umsetzung der formulierten Gesetzesinitiative auch hinsichtlich der Koordination von Massnahmen oder bei der Verantwortlichkeit der Direktionen keinen Mehrwert ergeben. Der Rhythmus der Berichterstattung sei zudem viel zu hoch und würde nicht dem Zyklus entsprechen, um die Auswirkungen der Massnahmen zuverlässig erkennen zu können. Die sehr enge Berichterstattung verursache deshalb nur Aufwand und keinen Mehrwert für den Klimaschutz.

Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Meinungen zur Vorlage waren jedoch geteilt. Ein Teil der Kommission erachtete die Stossrichtung der Initiative für richtig und wichtig – insbesondere, dass die Erreichung der Pariser Klimaziele auch im Kanton Basel-Landschaft verbindlich im Gesetz festgeschrieben werden soll. Der Regierungsrat mache heute schon sehr viel und vieles auch schon sehr gut. Der kürzlich im Landrat besprochene Statusbericht Klima sei eine gute und wertvolle Grundlage. Vieles sei aber der Initiative des grünen Regierungsrats und den Vorstössen aus dem Landrat zu verdanken. Es wäre wichtig, diese Bestrebungen nun in einem Gesetz verbindlich zu verankern. Und ausserdem wäre eine regelmässige Berichterstattung über die Zielerreichung und die Massnahmen, bei denen allenfalls korrigierend eingegriffen werden müsste, sehr wichtig. Mit einer gesetzlichen Verankerung läge der Ball verbindlich beim Regierungsrat beziehungsweise bei den einzelnen Direktionen und Verwaltungseinheiten; dies auch dann, sollte der Baudirektor in den nächsten Jahren einmal nicht mehr der grünen Partei angehören.

Eine knappe Minderheit der Kommission hielt die zusätzliche Verbindlichkeit durch ein Gesetz für überflüssig. Auch ein Gegenvorschlag sei unnötig, weil Bund und Kanton in Bezug auf Klimaschutz schon genug leisten würden und die entsprechenden Instrumente zur Erreichen der Pariser Klimaziele bereits vorhanden seien.

In einer ersten Runde hat die Verwaltung sehr ausführlich darüber informiert, was schon alles gemacht wird und wo die grössten Defizite in Bezug auf die Erreichung der Klimaziele liegen. Sie hat auf den Statusbericht Klima Bezug genommen. In vielen Handlungsfeldern seien Massnahmen ergriffen worden und man befinde sich auf einem guten Weg; vor allem im Energiebereich. Auf Nachfrage aus der Kommission hat sie aber auch einige Handlungsfelder aufgezeigt, in denen der Kanton tätig werden könnte und in Bezug auf die Zielerreichung Defizite bestehen.

Mit dem Ziel im Landrat einen Konsens bei der Verbindlichkeit der Massnahmen zu finden, beschloss eine knappe Minderheit der Kommission die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags durch die Verwaltung. Dieser Gegenvorschlag hätte die von Regierungsrat und weiten Kreisen unbestrit-

tene Erreichung der Pariser Klimaziele im Umweltgesetz verbindlich festschreiben wollen, aber er hätte die durch den Regierungsrat kritisierte, zu aufwendige, zu enge Berichterstattung über die Erreichung der Klimaziele korrigieren sollen. Zudem wollte man mit dem Gegenvorschlag dem Regierungsrat und der Verwaltung mehr Kompetenzen hinsichtlich der Organisation geben. In der Beratung wurde der Gegenvorschlag verworfen. Es zeigte sich, dass auch dieser etwas moderatere und von der Verwaltung als umsetzbar eingestufte Vorschlag, im Landrat keine Mehrheit finden würde. Der Gegenvorschlag wurde in der zweiten Lesung mit 9:4 Stimmen abgelehnt. Der Antrag an den Landrat auf Zustimmung zur Klimaschutzinitiative fand eine knappe Kommissionmehrheit. Die UEK beantragt dem Landrat mit 7:6 Stimmen Zustimmung zur Klimaschutzinitiative und zum in dem Sinne abgeänderten Landratsbeschluss.

– *Eintretensdebatte*

**Ursula Wyss Thanei** (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze die Klimainitiative. Die Gründe sind klar: Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass es auch auf Kantonsebene einer Verbindlichkeit fürs Engagement für den Klimaschutz bedarf. Für den Kanton Basel-Landschaft muss das Pariser Klimaabkommen genauso wie für den Bund verbindlich sein. Der Statusbericht Klima enthält drei Szenarien. Eines der Szenarien ist mit «Paris» bezeichnet. Es zeigt die verschiedenen Bereiche auf, in denen Reduktionspfade definiert werden könnten. Die anderen beiden Szenarien wären die kantonalen Reduktionspfade und verfehlen die Pariser Ziele bei Weitem. Der Kanton macht viel – beeindruckend viel. Inwiefern dies aber zum Erreichen der Pariser Ziele ausreicht, wird nirgends ausgeführt. Der Kanton muss sich sputen. Alle müssen sich sputen. Es darf kein Engagement nach Belieben sein.

Die Klimainitiative setzt auf die Umsetzung des Klimaschutzes und setzt damit klare und zugegebenermassen enge Vorgehensregeln. Die SP-Fraktion hat sich in der UEK für einen Kompromiss stark gemacht. Ein Kompromiss bedingt aber, dass alle Beteiligten ihre Positionen überdenken und zugunsten eines gemeinsamen Treffpunkts verlassen. Dafür braucht es die Mitwirkung aller und das gemeinsame Tragen eines solchen Kompromisses. Leider war dies nicht möglich. Persönlich hofft die Rednerin auf die Einsicht, dass die Notwendigkeit zum Handeln gegeben ist; und dies lieber heute als morgen. Und auf die Einsicht, dass sich alle, die Gemeinden, der Kanton und der Bund, nach Möglichkeit im globalen Konsens für den Klimaschutz engagieren können. Zum Abschluss ein Zitat unbekanntes Ursprungs: «Vielleicht denkt man lieber über eine Freiheit nach, die heute ihre selbsterstörerische Praxis begrenzt, damit sie morgen noch die freie Wahl hat. Bislang liessen sich Krisen durch die Steigerung der liberalen ökonomischen Freiheit lösen. Die Krise der Biosphäre gehört nicht dazu».

**Urs Schneider** (SVP) äussert – wahrscheinlich ohne jemanden damit zu überraschen –, die SVP-Fraktion unterstütze die Gesetzesinitiative «Klimaschutz» nicht und gebe auch dem Antrag der UEK nicht statt. Die Verbindlichkeit der Pariser Klimaziele bezogen auf die Kantonsebene mit einer Reaktionszeit von einem halben Jahr beim Nichterreichen der bestimmten Parameter sowie auch andere Punkte gehen der SVP-Fraktion eindeutig viel zu weit. Die Gesetzesinitiative ging auch einzelnen anderen Mitgliedern der UEK zu weit; sonst wäre der Auftrag an die Verwaltung zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags nämlich unverständlich, denn die Verwaltung wollte explizit keinen Gegenvorschlag ausarbeiten. Der Gegenvorschlag der Verwaltung wurde an mehreren Kommissionsitzungen überarbeitet und besprochen. Ein grosser Teil der Bürgerlichen hat sich dabei vornehm zurückgehalten, was in der UEK nicht so gut angekommen ist. Der Redner lässt sich aber auch kein neues Badezimmer offerieren, wenn er von Beginn an weiss, dass er gar kein neues Bad braucht oder möchte. Darum hat die SVP-Fraktion auch keinen Sinn darin gesehen, am Gegenvorschlag mitzuarbeiten. Die anschliessende Nichtüberweisung des Gegenvorschlags, war für ihn absolut unverständlich, obwohl er sie im Ergebnis begrüsst. Der Verwaltung wurde

schliesslich ein Auftrag erteilt und die Kommission hat in mehreren Sitzungen daran gearbeitet. Dies ist kein nachhaltiger Umgang mit den Kantonsfinanzen. Der Redner versteht jedoch, dass Einzelne das Gefühl haben, der kantonale Klimaschutz sei zu träge. Die verschiedenen im Kanton und in der Schweiz getroffenen Massnahmen widerspiegeln sich in verschiedenen Berichten. Verbesserungen sind festzustellen. Es wird bereits ein Beitrag für den Klimaschutz geleistet, aber natürlich müssen künftig auch noch weitere Massnahmen getroffen werden. Aber nicht mit dieser Initiative. Der Redner gibt zu bedenken, dass das nördliche Nachbarland zwar auf den sauberen Atomstrom verzichten möchte, aber immer noch mehr als 40 % des benötigten Stroms aus Steinkohle produziert. Weltweit sind über 1'000 Steinkohlekraftwerke in Planung oder im Bau. Das alles geht für den Redner nicht auf. Aus diesen und weiteren Gründen sollen der Wirtschaft und dem Kanton keine nicht nachvollziehbaren und eventuell nicht wirkungsvollen Massnahmen auferlegt werden.

Die SVP-Fraktion wird zwar eintreten, aber dem Antrag der UEK nicht Folge leisten.

**Stephan Ackermann** (Grüne) sagt, mit ganz kleinen Schritten gehe man vorwärts. Hier im Saal streitet niemand mehr den Klimawandel ab. Die Klimakrise und ihre Folgen für Mensch und Umwelt sind bereits Realität. Wie die Regierung in ihrem Statusbericht Klima schreibt, wird der Kanton Basel-Landschaft besonders hart betroffen sein. Der Regierungsrat führt aus, vor allem die Landwirtschaft, die Biodiversität im Kanton, die Wälder und unser aller Gesundheit seien bedroht. Möchte man das Baselbiet, wie man es heute kennt, erhalten, dann muss man jetzt handeln. Bald dürfte es zu spät sein.

Gestritten wird über den Nutzen der möglichen Massnahmen für diese global Herausforderung. Urs Schneider hat dies vorhin aufgezeigt. Am einfachsten ist die Haltung, unser Beitrag am weltweiten Treibhausgasausstoss sei zu gering. Hier im Saal wurde dieser Anteil auch schon als Mückenschiss bezeichnet. Zudem seien andere Verursacher viel schlimmer und unser Beitrag bringe nichts, sondern verursache nur Verdross, Kosten und schade unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Haltung teilt und unterstützt die Grüne/EVP-Fraktion nicht. Auch die Schweiz und das Baselbiet müssen ihren Beitrag zur Lösung der globalen Klimakrise beisteuern. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Schweiz beträgt gesamthaft 46 Millionen Tonnen also 5,5 Tonnen pro Kopf, und das ohne den Flugverkehr zu berücksichtigen. Würde man auch noch die in der Schweiz nicht verursachte CO<sub>2</sub>-Emission berücksichtigen, die aber von uns mitverursacht wird, dann würde dies in einem überdurchschnittlichen Mückenschiss von 14 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf resultieren. Dieser Wert liegt deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 6 Tonnen. Aber auch dieser ist noch zehnmal höher als die planetare Belastungsgrenze. Betrachtet man den CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Person, erkennt man, wie aus dem Mückenschiss ein deutlich grösserer Haufen wird. Aus der Mücke wird somit ein Elefant. Wir liefern also eventuell den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Dies soll verhindert werden. So viel zur Einleitung und als Erklärung, weshalb die Grüne/EVP-Fraktion die Initiative der Grünen unterstützt.

Der Kommissionsbericht zeigt sehr gut auf, in welchem Dilemma die Kommission steckte. Eine Mehrheit versuchte einen Kompromiss in Form eines Gegenvorschlags zu erarbeiten, den die Regierung nicht für nötig erachtete. Doch haben sich nicht alle Parteien auf diese Arbeit eingelassen. Es zeichnete sich ab, dass im Landrat keine Mehrheit für einen Gegenvorschlag zustande kommen wird. Klimapolitik ist für gewisse Parteien noch immer kein Muss, es sei denn, man befindet sich kurz vor den Wahlen, in der Mitte einer Legislatur aber sicherlich nicht. So scheiterte das Unterfangen eines Gegenvorschlags leider. Tragisch ist dies jedoch nicht, denn eine Mehrheit der UEK unterstützt die Initiative. Die Regierung tut so, als wäre die Initiative nicht nötig und dass sie bereits alles umsetze, was in ihrer Macht steht. Im Finanzwesen und Verkehr sind aber andere zuständig. Übrig bleibt aus Sicht der Regierung nur noch der Handlungsspielraum, der mit dem Energiegesetz bereits abgedeckt ist. Dass dies nicht stimmt, weiss die Regierung. Dazu will oder

kann sie jedoch nicht stehen, weil sie Angst hat. Sie hat Angst, der Bevölkerung zu sagen, dass es nicht wie bisher weitergehen kann. Es ist aber Zeit, endlich aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die dringend nötigen Reduktionsziele erreicht werden können. Dies wird uns etwas kosten. Je länger wir warten, desto teurer wird es sein. Die Initiative der Grünen zeigt auf, wieso es sie braucht. Zum Schluss einige Worte von Regierungsrat Isaac Reber, die im Kommissionsbericht sinngemäss wiedergegeben wurden: «Der Ressourcenverbrauch in der Schweiz sei enorm. Für die Regierungen der Nordwestschweizerischen Kantone ist klar, dass gehandelt werden muss und man will handeln. Diese Verpflichtung soll weiter ins Parlament getragen werden». Der Landrat soll diese Verpflichtung wahrnehmen. Grosse Player wie die USA und die EU haben erkannt, dass das Festhalten am Status quo auch aus wirtschaftlicher Sicht längerfristig nicht sinnvoll ist und enorm teuer werden dürfte. Deshalb wurden Programme zum Umbau ihrer Wirtschaft ins Leben gerufen. Will die Schweiz wettbewerbsfähig bleiben, wird auch sie einen Green New Deal ins Leben rufen müssen. Das scheint sie aktuell aber zu verpassen. Der Kanton Basel-Landschaft hat nun die Chance, als Pionierkanton voranzugehen und eine erdölfreie und lokal vernetzte Wirtschaft zu fördern. Die Entwicklung und Etablierung neuer Technologien hat das Potential, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Am alten System festzuhalten, bedeutet hingegen, dass zwar kurzfristige Gewinne erzielt werden können, längerfristig aber Millionen an Kosten für den verschlafenen Umbau anstehen.

Deshalb unterstützt die Grüne/EVP-Fraktion den Antrag der UEK, die formulierte Gesetzesinitiative anzunehmen und der Bevölkerung ein überzeugtes Ja zu empfehlen.

**Stephan Burgunder** (FDP) vertraut dem Regierungsrat und insbesondere dem hierfür zuständigen Regierungsrat Isaac Reber. Gemäss Statusbericht Klima gibt es eine Steuergruppe Klima, die aus mehreren Regierungsmitgliedern besteht, u. a. dem Finanzdirektor. Der Vorsitz ist auch hier bei Regierungsrat Isaac Reber.

Mit dieser Initiative soll nun der Klimaschutz verwaltungsintern mehr Gewicht erhalten und koordiniert werden. Das ist aber klar eine Führungsaufgabe. Schwerpunkte setzen und koordinieren muss der zuständige Regierungsrat. Dieser hat das sicherlich auf seiner Agenda und kann und wird dies auch tun. Aus diesem Grund teilt die FDP-Fraktion die Haltung des Regierungsrats, dass die heutigen Gefässe genügen: Der Statusbericht Klima, das Energiegesetz, das Dekret zum Energiegesetz, die kantonale Energieversorgung, die kantonale Energieförderverordnung und die Energiestatistik. Jetzt soll nochmals ein neues Gesetz erlassen werden. In Punkto Klimaschutz muss man aber schnell vorwärtsmachen, denn man hat keine Zeit. Deshalb soll diese Zeit nicht mit einem Gesetz verbracht werden, sondern mit der Umsetzung. Es braucht nun sinnvolle Massnahmen und Ideen, damit die gesetzten Ziele erreicht werden können. Paragraphen allein bieten noch keinen Mehrwert. Auch die Erhöhung der Kadenz der Berichterstattung bringt gar nichts – im Gegenteil: Dieses Geld wäre in direkte Massnahmen besser investiert, beispielsweise im Baselbieter Energiepaket, zu dem Stephan Burgunder noch die eine oder andere Subventionsidee hätte. Das beste Instrument ist der Statusbericht Klima. Der Bericht zeigt die Auswirkungen des Klimawandels auf, formuliert ganz spezifische Massnahmen und identifiziert Handlungsfelder zum Klimaschutz – das Ganze unter der Federführung von Regierungsrat Isaac Reber.

Die FDP-Fraktion ist gegen den Antrag der UEK. Insofern wird während der Detailberatung des Landratsbeschlusses der Antrag gestellt werden, den Landratsbeschluss insofern zu ändern, dass die Initiative abgelehnt und der Bevölkerung dasselbe empfohlen wird.

**Markus Dudler** (CVP) führt aus, mit dieser Initiative werde in einem neuen Gesetz ein Blumenstrauß an Klimaschutzmassnahmen präsentiert. Der Klimabericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schockiert die CVP/glp-Fraktion. Auch bekennt sich die Fraktion zum Pariser Abkommen und hätte eine Zustimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz begrüsst, obwohl es auch Gründe für eine Ablehnung gab. Die einzelnen Blumen des Strausses sind vielleicht hübsch, es wird uns aber

– wie im Song Rosalie von Bligg – erst bei einer Annahme des Strausses die Rechnung präsentiert. Es bestand die Hoffnung, dass die Verwaltung im Interesse des Kantons die Kernbotschaft der Initiative aufnimmt und einen entsprechenden Gegenvorschlag präsentiert. Das hätte beispielsweise eine Anpassung des Energiegesetzes mit entsprechenden zusätzlichen Massnahmen sein können. Man versuchte jedoch bereits von Beginn an, es hauptsächlich den Initianten recht zu machen. Das Ergebnis war eine Initiative 2.0. Dass nun über das Original abgestimmt wird, ist die logische Folge. Nicht sinnvoll ist beispielsweise, dass mit der Initiative festgelegt wird, dass – wenn bereits ein Reduktionspfad verfehlt wurde – der Regierungsrat dem Landrat innert sechs Monaten die erforderlichen gesetzgeberischen und planerischen Massnahmen unterbreiten muss. Dieser Regelkreis ist einfach nicht praktikabel.

Obwohl der IPCC-Bericht die CVP/glp-Fraktion schockte, sitzt der Schock nicht derart tief, dass sie blindlings allem zustimmt, was sich nach Klimaschutz anhört, ohne die genauen Auswirkungen und Kosten zu kennen. Man soll auf dem Bewährten aufbauen. Nach dem Bericht zum Energiegesetz soll eine Auslegeordnung erstellt werden, woraufhin dann dort Justierungen vorgenommen werden können, wo die Ziele verfehlt wurden. Die CVP/glp-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP auf Anpassung des Landratsbeschlusses und lehnt die Initiative ab.

**Bálint Csontos** (Grüne) denkt, bei diesem Geschäft hätten parteitaktische Überlegungen gegenüber dem individuellen Verstand Vorrang gehabt. Zu diesem Schluss kommt der Redner, weil er bei keiner der anwesenden Personen den individuellen Verstand bezweifeln würde. Vielmehr ist klar, dass alle Anwesenden die Situation sehr gut einschätzen können. Auch hat niemand hier im Saal gesagt, die Klimakrise sei nur eine Erfindung. Offensichtlich ist es aber so, dass man aus parteitaktischen Gründen nicht über einen Gegenvorschlag sprechen kann und das Thema am liebsten unter den Tisch fallen lassen würde. Das letzte Wort hat aber die Stimmbevölkerung und dies gerade zweimal. Einmal, wenn es um die Abstimmung über die vorliegende Initiative geht und ein zweites Mal im Frühling 2023. Die Regierung ist der Ansicht, sie mache alles, was möglich ist. Das beweist, dass es zu wenige Grüne in der Regierung gibt. Und wenn im Landrat niemand über einen Gegenvorschlag sprechen will, beweist dies, dass es auch im Landrat zu wenige Grüne gibt. Zur Ausgangslage: Wo soll man nur beginnen? Vielleicht bei der Tatsache, dass ein grosser Teil Hollands gemäss dem aktuellen Szenario einfach nicht mehr bewohnbar sein wird. Dies muss man sich vorstellen. Es handelt sich nicht um Bangladesch – dort ist dies zwar auch der Fall und es sind mehr Menschen betroffen – aber Holland ist sehr nahe. Man könnte auch die seit Jahren herrschende und noch nie zuvor dagewesene Dürre im Westen der USA nennen. Menschen müssen reisen, um Zugang zu Wasser zu haben. Das Land kann nicht mehr bestellt werden, da die Böden ausgetrocknet sind. Oder dass in Südamerika Wasserbüffel – die so heissen, weil sie lange ohne Wasser auskommen – verdursten. Auch in Mitteleuropa stellte man in diesem Jahr zum ersten Mal fest, dass die Ernährungsversorgung, von der wir alle abhängig sind, Probleme bekommen kann.

Was würden die Grünen gerne tun? Da gibt es viele Ideen. Bálint Csontos findet, man muss investieren. Der Kanton Basel-Landschaft investiert momentan etwa drei bis fünf Mal zu wenig. Es müsste erheblich mehr in den Klimaschutz investiert werden. Konkret bedeutet das Investitionen in unsere Gesellschaft, in Familien, in Auszubildende, in Lernende, in harte Infrastruktur und in alles, was das Zusammenleben ausmacht, denn all dies wird von den Klimaveränderungen betroffen sein. Nicht zuletzt bedeuten diese Investitionen auch ein investieren in Jobs, Jobs, Jobs. Darum geht es. Es gibt für alle etwas zu tun, wenn das riesige Problem, dieses Hochrisikoexperiment an uns selbst, angegangen wird.

Im Laufe der Debatte kamen viele Gegenargumente zur Sprache. Zu einigen ein paar Worte. Was die Formalien der Initiative anbelangt, wie beispielsweise die halbjährliche Berichterstattung – der Regierungsrat erstattet der Öffentlichkeit über die getroffenen Massnahmen und über den Sach-

stand mindestens halbjährlich Bericht –, wissen vielleicht einige, wo dieser Satz steht: Im Strassengesetz, eingebracht von der FDP. Man kann auch darüber sprechen, dass in vielen Bereichen vielleicht gar nichts getan werden kann und es anders hätte formuliert werden sollen. Am Ende läuft dies auf die Frage hinaus, ob nicht ein Gegenvorschlag hätte formuliert werden können. Es sei daran erinnert: Alle Anwesenden hätten theoretisch das Recht, jetzt einen entsprechenden Antrag zu stellen und ein Bekenntnis abzugeben, gemeinsam einen Gegenvorschlag ausarbeiten zu wollen. Nichts würden die Grünen lieber tun. Klar ist aber auch, dass die Grünen nicht einen Gegenvorschlag mit sich selbst aushandeln, denn sie sind von der Initiative ja überzeugt. Da es in einem Parlament aber darum geht, miteinander zu reden und auch Vorschläge der Gegenseite anzuhören, sind die Grünen offen. Fakt ist aber, dass rein gar nichts kommt. Die Diskussion wurde verweigert und das ist mit der Aussage gemeint, die Parteitaktik habe bei diesem Geschäft leider über den individuellen Verstand gesiegt. Die Grünen sind hier, um einen Konsens zu finden. Der Umbau, der uns allen so viel bringen wird, findet nicht statt, wenn ihn nur die Grünen wollen. Auch nach der Ablehnung der Initiative durch den Landrat werden die Grünen weiterhin auf alle zugehen, Vorschläge anhören und eigene einbringen. Eine Bemerkung kann sich Bálint Csontos nicht verkneifen: Wer glp wählt, kann auch ins Casino und würfeln gehen. Die Grünen wissen, dass der Kanton in sich selbst und in seine Zukunft investieren muss. Wenn dies jetzt keine Mehrheit findet, wird es in zwei Jahren der Fall sein.

**Urs Kaufmann** (SP) ist davon überzeugt, dass eine Mehrheit der Baselbieter Bevölkerung die Klimaziele von Paris erreichen möchte. Damit dies möglich ist, braucht es Massnahmen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, wie auch beim persönlichen Handeln. Die vorliegende Gesetzesinitiative ist ein guter Weg, um die Klimaziele von Paris in den Baselbieter Gesetzen endlich zu verankern. Unsere Gesetze müssen dringend mit den Klimazielen geimpft werden. Es ist klar, dass die Klimaimpfkampagne weitergeführt werden muss, auch wenn der Initiative zugestimmt würde. Das Klimaschutzgesetz ist aber eine gute und wichtige Basis, um den Baselbieter Klimaschutzweg ernsthaft und faktenbasiert in Angriff nehmen zu können.

Was ist der heutige Stand? In vielen Voten hörte man, man sei gut unterwegs. Dies ist aber leider nicht so. Es gibt zwar ein Energiegesetz, worin gewisse Reduktionsvorgaben enthalten sind, allerdings sind diese nicht darauf abgestimmt, dass die Pariser Klimaziele erreicht werden. Ein Beispiel: Im Bereich erneuerbare Energien ist im Energiegesetz ein Ziel enthalten, das lediglich bis 2030 dauert. Es soll ein 40 %-Anteil erreicht werden – die Mobilität ist jedoch nicht berücksichtigt. Es muss endlich geklärt werden, welche Reduktionspfade nötig sind, damit mit unseren Mitteln im Baselbiet die Klimaziele erreicht werden können. Bei der Analyse, beispielsweise der Energieverbrauchs- oder der Treibhausgasentwicklung, ist man viel zu langsam. Im Baselbieter Zahlenfenster unter Energiestatistik oder Treibhausgasemission sind Zahlen bis 2018 enthalten. Neuere Zahlen existieren offenbar nicht. Das ist unglaublich. Gemäss Energiegesetz müsste es eigentlich längstens einen Energieplanungsbericht geben, womit eine Erfolgskontrolle durchgeführt wird. Dies müsste alle vier Jahre erfolgen. Das ist sicherlich eine zu lange Zeitspanne und das andere Extrem dessen, was in Bezug auf eine halbjährliche Berichterstattung kritisiert wurde. Dieser Bericht liegt aber immer noch nicht vor, was auch nicht verwundert, wenn die neuesten Zahlen aus dem Jahr 2018 stammen. Es braucht also eine Impfung, damit das Tempo beschleunigt wird und die nötigen Fakten vorhanden sind. Der Grund für die fehlenden Zahlen ist sicher nicht ein schlechter Wille, sondern Kapazitäts- und Personalprobleme. Auch hier würde die Initiative ein Signal senden, dass es in eine andere Richtung gehen muss. Deshalb ist es wichtig, dass der Landrat der Bevölkerung die Annahme der Initiative empfiehlt.

**Fredy Dinkel** (Grüne) ist heute zum ersten Mal als Landrat anwesend und wollte an seiner ersten Sitzung eigentlich nur zuschauen und zuhören. Dennoch meldet er sich nun zu Wort, weil er seit 30 Jahren Firmen und die öffentliche Hand in genau diesem Bereich berät.

Viele Dinge, die er gehört hat, haben ihm gefallen. Je länger es dauert, desto teurer wird es. Wenn man jetzt nicht handelt, kann man es sich irgendwann nicht mehr leisten. Auch im täglichen Beratungsgeschäft erlebt er, dass dies eine Chance für die Industrie ist. Auch das Votum der FDP gefiel, dass nicht ein Papiertiger erschaffen werden, sondern konkrete Massnahmen umgesetzt werden sollen. Denn schlussendlich zählt für die Umwelt, was man wirklich getan hat. Es stellt sich die Frage, was internationale Firmen tun. Diese sehen das Pariser Abkommen und brechen dieses auf einzelne Sektoren herunter und formulieren sogenannte Science Based Targets. Das kennen vielleicht diejenigen, die sich mit Industrie und Klimaschutz auseinandersetzen. Dort wird genau das gemacht. Ausgehend vom übergeordneten Ziel (Pariser Klimaabkommen) wird gefragt, was dies für die Stahlindustrie, ArcelorMittal, das einzelne Werk in Belgien usw. bedeutet. Alles muss einzeln heruntergebrochen und koordiniert werden. Denn: Nur mit einer Solarzelle auf dem Dach und einem Tesla vor dem Haus ist es nicht getan. In vielen führenden Industrien hat man begriffen, dass man wirklich alles tun muss. Jetzt wäre es auch am Kanton zu schauen, dass es vorwärts geht. Die Unterstützung der Initiative ist wichtig.

**Markus Dudler** (CVP) verwehrt sich gegen die Unterstellung von Bálint Csontos, parteitaktisch zu agieren. Die CVP/glp-Fraktion möchte sich jedoch nur auf das Machbare konzentrieren. Es ist ein offenes Geheimnis, dass gerade die Grünen durch ihre Sturheit einem vernünftigen Gegenvorschlag im Weg standen. Das ist auf eine Art verständlich, möchte man doch auch nicht sein Gesicht verlieren. Stärke im Parlament ist auch mit der Verantwortung verbunden, konsensfähige Lösungen anzustreben.

**Ursula Wyss Thanei** (SP) schliesst sich Markus Dudler sehr gerne an. Es sei darauf hingewiesen, dass der Gegenvorschlag am Schluss noch von der SP unterstützt wurde. Die SP setzt sich für einen Kompromiss und auch für sogenannt grüne Anliegen ein. Deshalb war der Wechsel von Urs Kaufmann auf die sachliche Ebene sehr zu begrüssen.

Es braucht eine klare Haltung des Parlaments. Es wäre schön, würde dies nicht lauten: Nach mir die Sintflut.

**Peter Hartmann** (Grüne) zitiert: «Der Klimawandel und seine Auswirkungen werden immer deutlicher und Hitzewellen, Trockenperioden, Starkniederschläge sowie schneearme Winter sind Veränderungen, welche sich in den kommenden Jahren noch verstärken werden». Dieser Satz stammt leider nicht aus einem Science-Fiction-Roman, sondern eröffnet den Statusbericht Klima des Kantons Basel-Landschaft vom 25. März 2020. Hier wird auch nicht die Zukunft beschrieben, sondern leider bereits die Gegenwart. Es ist erfreulich, dass Stephan Burgunder und Markus Dudler den Statusbericht Klima ebenfalls gelesen haben und die darin erwähnten Massnahmen umsetzen wollen. Peter Hartmann nimmt die beiden gerne beim Wort, wenn es ums nächstjährige Budget geht.

In seiner Vorlage zur Klimainitiative hält der Regierungsrat fest, dass gemäss Umweltschutzgesetz des Kantons Basel-Landschaft der Kanton und die Gemeinden verpflichtet sind, die Umweltbelastungen beispielsweise auch beim Verkehr zu reduzieren. Auf einer ganzen Seite führt der Kanton aus, wie er mit dem Kantonalen Richtplan und dem Aggloprogramm langfristige Planungsinstrumente hat, wie er bereits mit der Fahrzeugbesteuerung ökologisch nach Gewicht vorgeht und wie er selbst Vorbild ist bei der zunehmend klimagerechten Mobilität bei den eigenen Fahrzeugen. Auch in anderen Bereichen lobt sich die Regierung für den Effort, den sie bereits leistet. Teilweise sendet sie aber auch widersprüchliche Signale aus. Es ist nicht verständlich, wie der Regierungsrat noch vor zwei Jahren einer Initiative zum Ausbau der Hochleistungsstrassen zustimmen konnte. Wie sich dies mit den eigenen Klimazielen vereinbaren lässt, ist ein Rätsel. Auch dass der Kanton noch im Juni dieses Jahres dem Landrat empfahl, die Einführung eines Job-Tickets für Kantonsmitarbeitende abzulehnen, gleichzeitig aber am vergünstigten Treibstoffbezug festhält ist ab-

surd. Wenn die Regierung ihren eigenen Statusbericht Klima wirklich ernstnehmen würde, würde sie mit Bestimmtheit entweder die Initiative oder einen Gegenvorschlag unterstützen. Auf den letzten beiden Seiten des Klimaberichts gibt es zwei Grafiken, woraus ganz klar hervorgeht, dass nur mit politischen Massnahmen die Ziele von Paris wenigstens annähernd erreicht werden können. So also die Aussage des Regierungsrats.

Seit 1864 werden in der Schweiz systematisch Temperaturen aufgezeichnet. Die vier wärmsten Sommerquartale in diesen knapp 160 Jahren wurden in den Jahren 2003, 2015, 2017 und 2018 gemessen. Mit dem Temperaturanstieg erfolgt auch ein Anstieg an Treibhausgasen. Felix Blumer, Naturwissenschaftler und Meteorologe, formuliert es folgendermassen: «Unser Planet wird eine Erwärmung um 2 oder 3 Grad problemlos überstehen. Die Frage ist, übersteht die Menschheit eine Erwärmung um 2 oder gar 3 Grad. Jedes Zehntel Grad mehr ist eines zu viel. Das müssen wir vermeiden und es ist höchste Zeit, das eigene Verhalten den sich rasch ändernden Gegebenheiten anzupassen.» Die Klimaschutzinitiative ist ein Schritt in die Richtung einer umweltbewussteren und umweltgerechteren Politik im Baselbiet. Deshalb soll der Landrat diese Initiative dem Stimmvolk zur Annahme empfehlen.

**Désirée Jaun** (SP) meint, es sei immer das gleiche: Wenn es darum geht, Grundsätze gesetzliche festzuhalten, dann möchte dies die bürgerliche Seite nicht. Hat man konkrete Massnahmen auf dem Tisch, geht aber auch nichts. Wann und womit wird denn begonnen? Es darf nicht personenabhängig sein, was umgesetzt wird, auch wenn die Regierung sagt, dass sie jetzt bereits viel macht. Man benötigt dies jedoch auch als gesetzliche Grundlage. In der UEK wäre eine Mehrheit für einen Gegenvorschlag und damit auch möglich gewesen, dass dieser im Landrat hätte diskutiert, darüber abgestimmt und der Bevölkerung vorgelegt werden können. Dies einfach in Bezug auf Parteistrategie. Nun soll aber mit der Initiative Verbindlichkeit geschaffen werden und diese der Bevölkerung zur Annahme empfohlen werden. Damit könnte man unterstützen, was man anscheinend bereits schon macht.

**Andi Trüssel** (SVP) hört der grün-linken Seite zu und gewinnt den Eindruck, die Wirtschaft tue überhaupt nichts. Dem ist nicht so. Dort wird mehr getan, als man sich hier drinnen denken kann. Es braucht keine zusätzlichen Anreize. Die Anreize sind bereits vorhanden und die Verantwortung wird von der Wirtschaft wahrgenommen. Dennoch kommt man, bringt eine halbgare Initiative und erwartet, dass die Kommission oder die Verwaltung einen Gegenvorschlag formulieren. Das ist nicht die Vorgehensweise. Es ist sowieso eine Katastrophe, dass Gegenvorschläge überhaupt zustande kommen. Eine Initiative wird eingereicht und darüber wird abgestimmt. Ende der Durchsage. Man kann nicht einfach ins Parlament gehen und meinen, die Initiative würde noch verbessert oder verschlimmbessert.

Ein Wort zum Energieverbrauch pro Kopf: Unsere Bevölkerung wuchs in den letzten 20 Jahren um etwa 1,5 Mio. Menschen. Der Energieverbrauch pro Kopf ging jedoch zurück. Das geschah natürlich, weil man überhaupt nichts getan hat.

Dann ein Blick auf die verschiedenen Datenreihen: Der 160-Jahre-Zyklus wurde angesprochen. 160 Jahre auf die 4,3 Milliarden Jahre gesehen, die die Erde alt ist. Hannibal kam mit Elefanten über die Alpen, weil es wohl Gletscher gab. Wenn man sieht, dass sich der magnetische Nordpol um 2,6 % verschoben hat und Flughafenpisten entsprechend angepasst werden müssen: Woher kommt dies wohl? Vom Klima oder durch Sonnenfleckenaktivitäten? Das schaut niemand an. Wenn die Modellrechnungen, die der IPCC so lobt und bei genauerer Betrachtung doch wieder relativiert, dann ist zu empfehlen, mit diesen Modellrechnungen an die Börse zu gehen – damit wird man steinreich.

**Simon Oberbeck** (CVP) spricht als Präsident der CVP/glp-Fraktion und ist ob dem Auftritt von Bálint Csontos konsterniert. Dieser hat die CVP/glp-Fraktion frontal angegriffen, indem er die glp



quasi als Casinogesellschaft dargestellt hat. Den Grünen wird empfohlen, zur Kenntnis zu nehmen, dass im Saal Einigkeit darüber besteht, dass das Klima geschützt werden muss. Diskutiert werden die Instrumente und das Vorgehen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz sollte alle gelehrt haben, dass eine Rhetorik, die allen Gegnern Verweigerung vorwirft, nicht zielführend ist. Als Regierungspartei wird den Grünen empfohlen, sich so zu äussern, dass im Landrat Kompromisse und Lösungen gefunden werden können.

**Bálint Csontos** (Grüne) ist meistens ehrlich, was man ihm auch vorwerfen kann. An Simon Oberbeck: Vielleicht ist es manchmal auch einfacher auf den Mann zu spielen, wenn die Sache nicht so angenehm ist.

Die Initiative hat vielleicht ihr erstes Ziel schon erreicht: Alle bekräftigen, dass etwas getan werden muss. Das ist erfreulich.

Danke für die Durchsage von Andi Trüssel. Das war eines der interessanteren Voten, wenn auch nicht ganz nachvollziehbar. Wieso ist die Initiative so formuliert, wie sie formuliert ist? Klimaschutz ist eine Frage der demokratischen Aushandlung zwischen allen Beteiligten und Betroffenen in den nächsten Jahren. Im Wesentlichen war die Initiative ein Angebot an die anderen Parteien. Ein Angebot, gemeinsam über die Zielsetzung und den Rahmen zu sprechen. Das ist übrigens etwas, was die Wirtschaft fordert. Abgesehen davon hat niemand von den Grünen gesagt, die Wirtschaft mache zu wenig oder man wurde diesbezüglich falsch verstanden. Im Gegenteil: Gerade die Wirtschaft und grosse Unternehmen sind häufig schon sehr weit, spüren, dass sich etwas verändert und dass es in ihrem Interesse ist, etwas zu verändern. Gerade die Wirtschaft weiss ganz genau, dass es wichtig ist, dass auch die öffentliche Hand ein Bekenntnis abgibt, in welche Richtung es geht. Damit wurde noch keine einzige Regulierung erlassen, aber es wurde ein Bekenntnis abgegeben. Und darum geht es bei der Initiative. Schade, hat es nicht geklappt, ein gemeinsames Bekenntnis abzugeben. Man kann sich nun gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, es sollte aber allen klar sein, dass es schlussendlich trotzdem in die Stossrichtung der Initiative gehen muss. Die Initiative war ein Versuch, einen Konsens zu finden. Man wird sehen, wie die Abstimmung herauskommt. Die Grünen werden unabhängig davon aber weiter versuchen, den Konsens zu suchen und immer wieder auf die anderen Parteien zugehen – für Jobs, für die Wirtschaft und für die Menschen in diesem Kanton.

**Thomas Noack** (SP) äussert sich als Einzelsprecher: Den vorherigen Voten ist eine Angst vor der Verbindlichkeit der Klimaziele zu entnehmen. Es wurde gesagt, dass bereits viel gemacht werde, auch von der Industrie und dass man sich eigentlich auf einem guten Weg befinde. Wenn das der Fall ist, stellt sich die Frage, weshalb die Angst vorhanden ist, die Klimaziele von Paris verbindlich in ein Gesetz zu schreiben? Leider lehrt die Geschichte etwas ganz anderes: Seit den 1970er-Jahren sind die Folgen der Klimaerwärmung bekannt. Seither schaffte man stets, das Problem zu zerreden, es in der Unverbindlichkeit stehen zu lassen, noch mehr Forschung und Daten zu fordern, anstatt zu handeln. Es ist ganz wichtig, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und die Ziele verbindlich festzuschreiben. Nur so kommt man irgendwann ans Ziel, nämlich die Erderwärmung nicht noch mehr zu erhöhen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) führt aus, der Regierungsrat anerkenne die Ziele der Gesetzesinitiative und stimme mit diesen überein. Beim einzuschlagenden Weg gibt es allerdings eine Differenz. Das Nein zur Initiative heisst für den Regierungsrat nicht, dass auf Klimaschutz verzichtet werden solle, ganz im Gegenteil. Der Regierungsrat sprach sich zwar gegen die Initiative, jedoch dafür aus, dass der Kanton und die Schweiz handeln müssen. Wir sind längst nicht dort, wo wir sein müssten – so ehrlich muss man sein. Wir können und müssen mehr tun. Der Ressourcenverbrauch in der Schweiz ist enorm. Insofern sind wir die letzten, die sagen können, das gehe uns nichts an oder wir könnten keinen Beitrag leisten. Wenn jemand einen Beitrag leisten kann, dann

sind wir es. Wer ist mit «wir» gemeint? Damit sind alle gemeint und alle müssen etwas tun. Deshalb ist die Schweiz und somit auch der Kanton Basel-Landschaft zum Handeln aufgerufen. Hierzu bestehen seitens Regierungsrat keinerlei Zweifel.

Aus Sicht des Regierungsrats genügen die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Wo sie nicht genügen – Urs Kaufmann hat es angesprochen – ist der Regierungsrat dazu aufgerufen, eine periodische Überprüfung und allfällige Anpassungen vorzunehmen. An Urs Kaufmann: Die Vorlage wird kommen und wir werden sehen, was das Parlament dazu sagt. Der Regierungsrat ist derselben Meinung wie die Initianten: Die Pariser Klimaziele gelten auch für uns und auch der Kanton muss seinen Beitrag leisten. Gewisse Elemente der Initiative sind jedoch nur schwer umsetzbar, beispielsweise die jährliche Regelung der Treibhausgasemissionen. Auch die Periodizität von einer halbjährlichen Berichterstattung überfordert uns alle, auch das Parlament und zwar unabhängig vom Thema.

Der Regierungsrat ist bereit und möchte im Klimaschutz vorangehen. Entsprechend wurde an der letzten Regierungsratssitzung beschlossen, die im Statusbericht Klima vorgesehene Klimaorganisation einzusetzen. Damit will der Regierungsrat Massnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel direktionsübergreifend koordinieren und weiterentwickeln. Der Regierungsrat hat sich weiter zum Ziel gesetzt, bis Anfang 2023 eine Klimaschutzstrategie des Kantons Basel-Landschaft vorzulegen. Das Ziel der Klimaschutzstrategie wird sein, aufzuzeigen, wie aus dem Pariser Klimaabkommen resultierende Verpflichtungen auch im Kanton Basel-Landschaft erfüllt werden können. Dass es dem Regierungsrat ernst ist, konnte man anlässlich verschiedener Gelegenheiten sehen. Im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der Nordwestschweizer Regierungskonferenz am 4. Juni 2021 wurde unter der Federführung des Kantons Basel-Landschaft eine Klimacharta ausgearbeitet und verabschiedet. Alle fünf Nordwestschweizer Kantone bekennen sich dazu, die Ziele des Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Es handelt sich dabei also um ein klares Bekenntnis der Regierungen. Das sind Selbstverpflichtungen der Regierungen. Dieser Willen soll aber natürlich weiter ins Parlament getragen werden.

Relativ gut unterwegs ist das Baselbiet mit dem Energiepaket. Das Energiegesetz verpflichtet, über den Stand zu berichten. In diesem Rahmen wird auch ausgeführt werden, welche Massnahmen nötig sind, um dorthin zu gelangen, wo man hin will. Der Bericht ist in Erarbeitung und wird mit einer Zwischenbilanz an den Landrat gelangen. Damit wird ausgelotet, wie in dieser Frage weiterverfahren werden soll. Das eine ist das Fördern, das andere ist das Setzen von Leitplanken im Energiegesetz. Die Abstimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz hat aber auch klar gezeigt – und das sollte man hier nicht vergessen – dass es dort, wo es ums Portemonnaie geht, schwierig wird. Es braucht Überzeugungen und somit nicht nur eine Regierung, die dahinter steht, sondern auch ein Parlament. Nur so hat man eine Chance, auch die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass der Weg notwendig und richtig ist.

Dem Landrat wird aus diesen Gründen und nicht wegen der Ziele, sondern der unterschiedlichen Wege dahin, empfohlen, am vom Regierungsrat vorgeschlagenen Landratsbeschluss festzuhalten.

*://:* Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

*Titel und Ingress*

Keine Wortmeldungen.

*Ziffern 1 und 2*

**Stephan Burgunder** (FDP) kommt auf sein Votum in der Eintretensdebatte zurück. Der Landratsbeschluss soll so formuliert werden, wie das Abstimmungsergebnis ausfällt. Dies zur Klarheit für die Stimmbürger. Es ist zu vermuten, dass die Initiative im Landrat keine Mehrheit findet, weshalb Ziffern 1 und 2 entsprechend anzupassen sind:

1. Die formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz» wird abgelehnt ~~angenommen~~.
2. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz» abzulehnen ~~anzunehmen~~.

://: Der Landrat stimmt dem Änderungsantrag von Stephan Burgunder mit 47:36 Stimmen zu.

*Ziffer 3*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Mit 48:36 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

**Landratsbeschluss  
betreffend Formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz»**

*vom 2. September 2021*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

1. Die formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz» wird *abgelehnt*.
  2. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz» *abzulehnen*.
  3. Die *Behandlungsfrist* der formulierten Gesetzesinitiative «Klimaschutz» wird gemäss § 78a Abs. 3 des Gesetzes über die politischen Rechte um ein Jahr verlängert.
-